

DONALD F. LACH

## DIE AMERIKANISCHE FORMOSAPOLITIK SEIT 1950

Wie in Europa, so ist es auch in Ostasien eines der Vermächtnisse des Zweiten Weltkrieges, daß mehrere frühere nationale Einheiten in getrennte Staaten aufgeteilt worden sind, von denen jeder Rechtssoheit über das Ganze beansprucht und entweder kommunistisch oder anti-kommunistisch orientiert ist. Korea, Indochina und China gehören zu dieser zwielichtigen östlichen Zone. China muß zu den geteilten Nationen gerechnet werden, weil sowohl Peking wie Taipeh hartnäckig am Anspruch legitimer Rechtssoheit über ganz China festhalten. Jede der beiden chinesischen Regierungen erstrebt auch die internationale Anerkennung dieses Anspruchs. Während Nationalchina weiterhin Chinas Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehat, ist die Regierung in Peking von 28 Staaten offiziell anerkannt worden, von denen fünfzehn nicht zum kommunistischen Block gehören und acht europäisch sind, darunter Großbritannien. Obwohl die Möglichkeit einer Anerkennung Pekings seitens der Vereinigten Staaten in den ersten Monaten des Jahres 1950 ernsthaft erwogen wurde, sind sie seit dem Ausbruch des Korea-Krieges in ihrem Entschluß, diese Anerkennung zu versagen, nicht wankend geworden; sie benutzen ihre große Macht dazu, Peking am Eintritt in die Vereinten Nationen zu hindern und Nationalchina mit diplomatischen, militärischen und wirtschaftlichen Mitteln zu unterstützen.

Um zu verstehen, wie die Amerikaner zu dieser Haltung gekommen sind<sup>1</sup>, muß man bis in die Zeit zurückgehen, als die Nationalchinesen noch nicht auf Taiwan (Formosa) beschränkt waren. In dem Dreieckskampf um China, in den Nationale, Kommunisten und Japaner verwickelt waren, verfolgten die Vereinigten Staaten von 1931 bis 1947 konsequent eine Politik der Unterstützung des nationalen Regimes. Während des zweiten Weltkrieges bemühten sie sich, China im Krieg zu halten und damit große Mengen japanischer Truppen auf dem asiatischen Kontinent festzulegen. Mittlerweile versuchte Präsident Roosevelt durch diplomatische Mittel und politischen Druck sicherzustellen, daß das nationale Regime nach Beendigung des Krieges in der Lage sein würde, Japan in der asiatischen Vorherrschaft abzulösen.

Obwohl die Regierung Tschiangkaischek 1945 intakt aus dem Weltbrand hervorging, war sie nicht fähig, die Kontrolle über China wiederzuerlangen, und konnte so nicht in die Führerstellung in Ostasien und in den Vereinten Nationen eintreten, die Roosevelt für sie vorgesehen hatte. In den beiden ersten Jahren nach dem Kriege gewährten die Amerikaner den Nationalen Hilfe in ihrem Kampf um die Wiederherstellung der Vorherrschaft in Nordchina und der Mandschurei. Der zähe Widerstand der chinesischen Kommunisten, die von Rußland unterstützt wurden, gab

<sup>1</sup> Für Einzelheiten des Hintergrundes vgl. H.F. MacNair und D.F. Lach, *Modern Far Eastern International Relations*, 2. Aufl., New York 1955, Kap. XV und XVI; außerdem H. Feis, *The China Tangle*, Princeton 1953.

jedoch weder vor Tschiangs Warnungen noch vor seinen Waffen nach. Als die Truman-Regierung General George C. Marshall 1946 als Vermittler nach China entsandte, wurde bald der ganzen Welt offenbar, daß ein Kompromiß in China und die Bildung einer Koalitionsregierung für keine der Bürgerkriegsparteien annehmbar sein würde. Entmutigt durch den Fehlschlag beim Versuch, einen dauerhaften Ausgleich herbeizuführen, beschloß Washington 1947, seine Bemühungen auf Europa und Westasien zu konzentrieren und währenddessen abzuwarten, bis sich in China „der Staub gelegt haben würde“. Obwohl innerhalb wie außerhalb des Kongresses sich heftige Kritik dagegen erhob, daß man den Nationalen die amerikanische Unterstützung entzog, kam die Truman-Regierung zu dem Schluß, die amerikanische Hilfe, auch wenn sie hart bis an die Grenze des Eintritts in den Krieg (short of war) ginge, würde niemals genügen können, die Kuomintang vor dem Untergang und China vor dem Kommunismus zu bewahren.

Die Frage nach der Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Kuomintang auf dem Festland kommt hier nur insoweit in Betracht, als sie mit der Entwicklung der amerikanischen Politik und Meinung in der folgenden Zeit zusammenhängt. Es war nämlich gerade die Frage der Zurückziehung der Hilfe für Tschiangkaischek, an der sich Regierung und private Kreise in den Vereinigten Staaten in ihren Auffassungen über die China-Politik scharf entzweiten<sup>2</sup>. Anzeichen für diese Trennung machten sich auch schon während des Zweiten Weltkriegs bemerkbar in dem heftigen Streit über die Frage, ob Europa oder Asien der Vorrang gegeben werden sollte. Trotz Churchills Widerspruch hatte Roosevelt auf dem Versuch bestanden, sicherzustellen, daß das nach der japanischen Niederlage in Ostasien zu erwartende Machtvakuum von einem national geführten China ausgefüllt wurde. Während und nach dem Kriege zweifelten viele amerikanische und europäische Beobachter ernsthaft an der Fähigkeit der Kuomintang, China tatsächlich zu beherrschen und die Rolle eines Schiedsrichters in Ostasien zu übernehmen<sup>3</sup>. Andere fragten, genauso ernsthaft, welche Alternative zu Tschiang es außer dem Kommunismus in Ostasien denn überhaupt gebe<sup>4</sup>. Viele solcher allgemeinen Fragen werden auch noch mit Bezug auf die jüngere amerikanische Politik gestellt, und die Antworten bleiben gleichermaßen unbefriedigend für die eine wie für die andere Gruppe.

## I

Die Anfänge der gegenwärtigen amerikanischen Politik gegenüber Taiwan liegen in den Jahren 1949/50<sup>5</sup>. Etwa im Herbst 1949 war es mit dem Widerstand der Kuomintang auf dem Festland zu Ende, und die nationale Regierung zog sich

<sup>2</sup> Ein, wenngleich sehr emotional bestimmter Versuch, diese Trennung zu beschreiben, liegt vor in: Geraldine Fitch, *Formosa Beachhead*, Chicago 1953, Kap. VII.

<sup>3</sup> Vgl. John K. Fairbank, *The United States and China*, Cambridge, Mass. 1948, und Derk Bodde, *Peking Diary, A Year of Revolution*, New York 1950.

<sup>4</sup> Vgl. George Creel, *Russia's Race for Asia*, New York 1950, and Freda Uteley, *The China Story*, Chicago 1951.

<sup>5</sup> Seit Tschiangs Rückzug nach Taiwan ist eine reiche Literatur über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Insel erschienen. Zum nationalen Standpunkt vgl. Han.

nach Taiwan zurück. Ungefähr zwei Millionen Soldaten und Zivilisten vom Festland fanden Zuflucht auf dieser tropischen Insel, die der Provinz Fukien gegenüberliegt. Hier bereiteten sie sich für einen Widerstand im „letzten Graben“ vor, zu einer Zeit, als die meisten Regierungen der Welt, auch die der Vereinigten Staaten, die Eroberung Taiwans durch die Kommunisten, das Ende der Kuomintang und die Aufnahme des kommunistischen China in die UN für unvermeidbar hielten. Truman stellte am 5. Januar 1950 fest: „Die Vereinigten Staaten werden keinen Kurs verfolgen, der dazu führen muß, daß sie in den chinesischen Bürgerkrieg hineingezogen werden“<sup>6</sup>.

Ein plötzlicher Wechsel in der amerikanischen Haltung folgte auf den Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 und den Entschluß Pekings im November desselben Jahres, „Freiwillige“ nach Korea zu entsenden, die gegen die Interventionsarmee der Vereinten Nationen kämpfen sollten. Die Truman-Regierung übernahm die Führung in Korea und gab am 27. Juni der 7. amerikanischen Flotte den Befehl, Taiwan gegen einen etwaigen Angriff der chinesischen Kommunisten abzuriegeln. Gleichzeitig betonte General Douglas MacArthur von Tokio aus durch offizielle und inoffizielle Erklärungen die Bedeutung einer Neutralisierung Taiwans für die Sicherheit des amerikanischen Verteidigungsgürtels (defense perimeter) im Pazifik. Washington versicherte der Welt kurzerhand, daß die USA sich nicht länger in den chinesischen Bürgerkrieg einmischen würden, sobald in Korea eine Befriedung herbeigeführt sei. Daher unterhalten und erweitern die Vereinigten Staaten weiterhin ihre Beziehungen zur nationalchinesischen Regierung auf Taiwan als Teil ihrer allgemeinen Politik des „containment“ gegenüber kommunistischer Aggression.

Die amerikanische Haltung gegenüber Taiwan ist ein Komplex von militärischen, politischen, moralischen und psychologischen Ingredienzien. In der Zeit des Korea-Krieges (1950–1953) überwogen militärische Interessen. Aus eigener bitterer Erfahrung wußte man nur allzu gut, wie die Japaner vor 1939 und während des Zweiten Weltkriegs Taiwan als Ausgangspunkt und Versorgungsbasis für ihr Vordringen nach Süden benutzt hatten. In der Hand eines von der Sowjetunion nachdrücklich unterstützten Rotchina könnte Taiwan so glaubte man, wieder zum Zentrum feindlichen Vorgehens gegen die Philippinen und Südostasien werden. Die Gefahr, die diesen Gebieten vom Kommunismus her drohte, wurde ins grelle Licht gerückt durch den damaligen Angriff auf Südkorea und die gleichzeitig auf den Philippinen, in Malaya und Indochina von den Kommunisten unterstützten Aufstände. Dem

Li-wu, *Taiwan Today*, Taipeh 1950; ein sehr kritischer Bericht über die nationale Regierung und die amerikanische Politik findet sich bei Fred W. Riggs, *Formosa under Chinese Nationalist Rule*, New York 1952; zu den lobenden Beschreibungen der nationalen Regierung gehören: G. Fitch, a. a. O., und John C. Caldwell, *Still the Rice Grows Green*, Chicago 1955. Eine ausgewogene Darstellung der Taiwan-Frage und der Rolle Amerikas im westlichen Pazifik enthält J. W. Ballantine, *Formosa: A Problem for United States Foreign Policy*, Washington 1952; eine neuere und gleichfalls ausgewogene Übersicht des Problems findet sich bei Allen Whiting, „The United States and Taiwan“, in: *The United States and the Far East*, New York 1956, S. 173–202.

<sup>6</sup>) New York Times, 6. Januar 1950.

Hauptquartier MacArthurs in Tokio erschien auch die mögliche Gefahr für die amerikanischen Installationen auf dem 350 Meilen entfernten Okinawa wie eine drohende Wolke am Horizont. Auch die Möglichkeiten künftiger Gefahren für Japan konnte MacArthur nicht übersehen, nachdem das Land unter seinem Befehl systematisch entwaffnet und entmilitarisiert worden war und man ihm gerade wieder zu unabhängiger Entwicklung verhelfen wollte. Soweit die Überlegungen, die bei der Entscheidung von 1950, Taiwan abzuschirmen und die direkte Unterstützung des Freien Chinas wieder aufzunehmen, eine Rolle spielten und die vielfach heute noch Bedeutung haben.

Taiwan, das 50 Jahre lang in japanischer Hand gewesen war, ist heute eine schwer bewaffnete Festung, die von Rotchina nur mit großem Risiko angegriffen werden könnte. Wenn die Kommunisten auch auf dem westlichen Ufer der Straße von Formosa ihre Luftwaffe aufbauen, so sind ihre Mittel für einen amphibischen Krieg doch sicher noch nicht ausreichend, um einen erfolgreichen Angriff gegen die Insel auszuführen. Taiwan seinerseits wird heute geschützt von der 7. amerikanischen Flotte und ihren Hilfseinheiten, von einem Netz von Düsenjägerbasen, das sich von Japan über Okinawa bis zu den Philippinen erstreckt, sowie von einer nationalchinesischen Armee, die 300 000 Aktive und weitere 300 000 Reservisten umfaßt. Die Grundlage der amerikanischen Politik bildet der gegenseitige Beistandspakt (Mutual Defense Pact)<sup>7</sup> mit der Republik China aus dem Jahre 1954. Darin sichern die Vereinigten Staaten ihre Hilfe zu beim Schutz Taiwans und der Pescadores vor „bewaffnetem Angriff und revolutionärer kommunistischer Tätigkeit, die von außen gegen den territorialen Bestand und die politische Stabilität gerichtet werden“ (Art. II). Dies darf wohl so gedeutet werden, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines Angriffs oder offenkundig revolutionärer Aktionen ihre ganze Stärke einsetzen würden, um die Inseln zu verteidigen. Damit wird deutlich, daß Taiwan eine der potentiellen Gefahrenzonen auf der Welt war und geblieben ist, obwohl die Vereinigten Staaten durch zusätzliche Vereinbarungen (siehe unten S. 158) versucht haben, die Nationalchinesen daran zu hindern, Amerika in einen Angriffskrieg gegen die Kommunisten hineinzuziehen.

Von Amerika her gesehen, ist Taiwan jedoch auch ein lebenswichtiger Bundesgenosse für den umfassenden Verteidigungsapparat, der seit dem Ausbruch des Korea-Krieges im westlichen Pazifik aufgebaut wurde. Die Mächte des Anzus-Pakts von 1951 (Australien, Neuseeland und USA) und die der SEATO (South East Asia Treaty Organisation), die 1954 gebildet wurde, wären sehr viel weniger vor einer kommunistischen Aggression geschützt, wenn Taiwan in die Hände Rotchinas geriete. So wenig das freie China an diesen Bündnissen beteiligt ist, so sehr hält die ständige Bedrohung, die Tschiangs Armee und seine Luftwaffe darstellen, doch zahlreiche kommunistische Einheiten und einen großen Teil Kriegsmaterial in der

<sup>7</sup> Text in United States Treaties and Other International Agreements (Hg. U.S. Department of State), Bd. VI (1955), Teil 1, S. 453—454. Als Kommentar vgl. Arthur Dean, „United States Foreign Policy and Formosa“, in: Foreign Affairs, XXXIII (1954—1955), S. 360—375.

Provinz Fukien fest, wodurch sämtliche etwaige neuen Vorhaben Pekings hinsichtlich Südkoreas oder Südvietnams erschwert sind. Da die Abschirmung Taiwans die ständige Anwesenheit amerikanischer Land-, See- und Luftstreitkräfte im westlichen Pazifik mit sich bringt, enthebt sie zugleich Japan und die Philippinen der Notwendigkeit, große Armeen zur eigenen Verteidigung gegen einen kommunistischen Angriff oder Umsturz zu unterhalten.

Für die Unterstützung Taiwans haben die Vereinigten Staaten seit 1950 beträchtliche finanzielle Kosten für militärische und wirtschaftliche Hilfeleistungen aufwenden müssen. Genaue Zahlen lassen sich für die militärische Hilfe nicht feststellen, man schätzt aber, daß die Lieferungen an Nationalchina Amerika jährlich zwischen 200 und 300 Millionen Dollar kosten<sup>8</sup>. Zusätzlich zum Verteidigungsprogramm beliefen sich die Beträge für wirtschaftliche und technische Hilfe seit 1950 auf über 700 Millionen Dollar, was einen Jahresdurchschnitt von etwa 100 Millionen Dollar ergibt. Solange die gegenwärtigen Richtlinien in Kraft bleiben, hat man allen Grund anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten für Taiwan jährlich mindestens 300 Millionen Dollar für militärische und wirtschaftliche Hilfeleistungen werden ausgeben müssen. Wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung Taiwans sich im Jahr um etwa 3<sup>0</sup>/<sub>10</sub> vermehrt, so bietet sich keine Möglichkeit, daß die Landwirtschaft einmal in der Lage sein könnte, einen größeren Anteil als bisher an den finanziellen Lasten zu übernehmen, die durch die Unterhaltung von 600 000 Soldaten und deren Ausrüstung entstehen.

Die politisch-psychologischen Gründe, die Amerika weiterhin dazu bestimmen, Taiwan mit einer Prämie von jährlich über einer Viertelbillion Dollar zu versichern, liegen in dem allgemeineren Bestreben der Vereinigten Staaten, im Gebiet des westlichen Pazifik „Schaufenster der Demokratie“ zu errichten und zu unterhalten. Dadurch, daß die Wirtschaft der Philippinen, Taiwans, Südkoreas und Südvietnams mit Dollars angekurbelt wird, können diese Staaten vor Asien und der ganzen Welt lebendige Beispiele für die Vitalität und Leistungsfähigkeit einer freien Gesellschaft sein, und es ist in der Tat schwer zu leugnen, daß die Dollarhilfe wenigstens zeitweilig diese relativ unentwickelten Länder bereichert hat. Wie lange die Vereinigten Staaten noch fähig und willens sind, diese Länder mit Dollars zu überschütten, wird von künftigen Entwicklungen sowohl in Amerika wie im westlichen Pazifik abhängen. Im Augenblick scheint es, als machten militärische Sicherheit, wirtschaftliche Stabilität im Verteidigungsgürtel und psychologische Kriegführung es nötig, dieses kostspielige Programm für unabsehbare Zeit beizubehalten.

Die Amerikaner unterstützen Taiwan auch, um den Chinesen auf dem Festland und anderswo eine Alternative zum Kommunismus zu bieten. Ohne Taiwan und Tschiang würde die bloße Möglichkeit einer Widerstandsbewegung auf dem Festland verschwinden. Im übrigen ist gegenwärtig ein heftiger Wettstreit zwischen Kommunisten und Nationalen im Gange um die Unterstützung der 10 Millionen Überseechinesen, die weit über Südostasien verstreut sind und in vielen großen

<sup>8</sup> Vgl. Whiting, a. a. O., S. 182.

Hafenstädten der ganzen Welt leben. Ließe Amerika zu, daß Taiwan dem Kommunismus anheimfällt, so stünde zu befürchten, daß die Übersee-Chinesen willige Werkzeuge des Kommunismus würden, in Singapur, Kalkutta, Havanna, Kapstadt und San Francisco und in vielen weit auseinanderliegenden Hafenstädten. Wie die Dinge im Augenblick liegen, sind die Überseechinesen unter sich uneinig. Die Nationalen gewinnen jedoch nach und nach etwas von dem gleich nach 1949/50 an die Kommunisten verlorenen Terrain zurück.

Was Amerika für die Zukunft Taiwans erhofft, ist ziemlich klar. Die Eisenhower-Regierung möchte gern die Gefahr eines Kriegsausbruchs wegen Taiwan so weit wie möglich zurückdämmen. Sie würde es deshalb vermutlich auch gerne sehen, daß die nationalchinesischen Streitkräfte von den Inseln Matsu und Quemoy zurückgezogen würden, die noch im Bereich der rotchinesischen Küstenbatterien liegen. Sie würde außerdem gern die beiden Bürgerkriegsparteien dazu bewegen, einem Waffenstillstand ähnlich dem in Korea geschlossenen zuzustimmen. Washington würde sogar möglicherweise in Zukunft bereit sein, den britischen Vorschlag der „zwei Chinas“ – die Insel Taiwan unter den Nationalen und das Festland unter den Kommunisten – ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Doch sind dies zur Zeit nur Hoffnungen. Im allgemeinen wünscht man in Washington möglichst wenig mit diesem Problem behelligt zu werden.

## II

Wie sieht dieses Taiwan nun aus, das so lange schon Gegenstand internationaler Diskussion ist, und was tut es, um seine internationale Stellung zu bessern? Schon die Antworten auf solche relativ einfachen Fragen führen eher zur Erhitzung als zur Klärung der Meinungen. Denn sie sind im Grunde eng verknüpft mit der Frage nach Amerikas globaler Strategie. In der Tat erregen sich die Gemüter bei jeglicher Diskussion über die Taiwan-Frage in den Vereinigten Staaten seit 1949 so sehr, daß auf eine einsichtige Klärung der strittigen Punkte und eine ruhige Abschätzung der Alternativen kaum noch zu hoffen ist. Dies emotionale Beteiligtsein spiegelt sich auch in den Verhandlungen Amerikas mit seinen Alliierten wider, von denen einige, besonders Großbritannien, Washingtons China-Politik kritisch gegenüberstehen. Nicht einmal über Taiwans Stellung im internationalen Recht ist bis jetzt Klarheit geschaffen. Wie an den meisten Fragen, die sich auf die Insel beziehen, so wird auch an diesem juristischen Streitpunkt der große Unterschied innerhalb der chinesischen und der Weltmeinung über Taiwans Zukunft deutlich.

Beide chinesische Regierungen erheben Rechtsanspruch auf Taiwan, und es ist in der Tat nicht einzusehen, wer noch außer diesen beiden einen rechtlich begründeten Anspruch auf die Insel haben könnte. Sowohl Nationale wie Kommunisten gründen ihren Anspruch auf die Erklärung von Kairo aus dem Jahre 1943, die anerkannte, „daß alle Gebiete, die Japan den Chinesen weggenommen hat, wie die Mandschurei, Taiwan und die Pescadores, der Republik China zurückgegeben werden sollen“. 1945 übernahmen die Nationalen die Verwaltung Taiwans und sind bis heute de facto die Beherrscher der Insel. Die Kommunisten, die de facto das

Festland beherrschen, beanspruchen Taiwan als rechtmäßiges Erbe für die Volksrepublik. Im japanischen Friedensvertrag von 1951 mußten die Japaner auf die Beherrschung Taiwans verzichten, doch traf man keine endgültige Verfügung über die Souveränität<sup>9</sup>.

Schon 1945, als die Nationalen die japanische Übergabe annahmen und Taiwan besetzten, hatte die Insel mit den höchsten Lebensstandard in Ostasien. In den ersten Jahren der Kuomintang-Herrschaft änderte sich dies, und die Verhältnisse auf der Insel wurden ungesund. Eine Reihe von Militärgouverneuren beuteten Taiwan vom Festland her wie erobertes Territorium aus, statt daß sie es als wiedergewonnenes ehemals chinesisches Gebiet behandelten. Ein Aufstand gegen die Kuomintang im Jahre 1947 zog die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Taiwans mißliche Lage und hatte eine Kettenreaktion internationaler Kritik an Tschiangs Regierungsweise zur Folge. Dann verbesserte der Rückzug der nationalen Regierung nach Taiwan im Jahre 1949 die Verwaltung in Taipeh. Neben der natürlichen Produktivität der an Reis reichen Insel hat amerikanische Hilfe seit 1950 eine stabile Regierung und einen Grad von wirtschaftlichem Wohlstand mit sich gebracht, der in Ostasien nicht seinesgleichen hat.

Dies bedeutet nicht, daß Taiwans Schwierigkeiten der Vergangenheit angehören. Weit entfernt davon. Das ruhige Leben, dessen man sich früher, selbst unter japanischer Herrschaft, auf der Insel erfreute, ist seit 1949 verschwunden. Taiwan ist jetzt direkt in den chinesischen Bürgerkrieg verwickelt und genießt als eines der Pfänder im Kalten Krieg die Aufmerksamkeit der ganzen Welt. Sein Leben ist in jeder seiner Phasen schneller und beunruhigender Veränderung unterworfen gewesen. Das zeigt sich sogar in den sprachlichen Verhältnissen innerhalb der meisten Familien. Jeder spricht den einen oder anderen einheimischen Dialekt, aber Vater, Mutter und ältere Kinder sprechen besser Japanisch als Chinesisch (kuo-yü); die jüngeren Kinder hingegen sprechen jetzt besser kuo-yü als ihre älteren Geschwister und vielleicht auch noch ein bißchen Englisch, aber sie können kein Japanisch. Sogar die Ureinwohner des östlichen Hochlandes sind durch starken Druck von außen gezwungen worden, ihre althergebrachte Lebensweise zu ändern. Bei einem Besuch in einem ihrer entlegenen Dörfer im Jahre 1956 war der erste vertraute Ton, der mein Ohr traf, amerikanische Jazzmusik aus einem Radioapparat, die vom Militärsender in Taipeh ausgestrahlt wurde.

Die Wiedereinsetzung der nationalen Regierung auf Taiwan brachte jedoch nicht nur ordentliche Verwaltung, wirtschaftlichen Wohlstand und die Hilfe wie den Einfluß Amerikas mit sich, sondern führte auch militärische Organisation und Reglementierung in ihrem Tornister. Das Leben steht unter den Bedingungen des Kriegszustandes, und das Militär genießt alle nur möglichen Vorteile. Die Insel ist wie gesprenkelt mit sieben Flugplätzen, Kriegsschiffe liegen in den Häfen Kilung

<sup>9</sup> Zur Frage des Rechtsstatus von Taiwan vgl. Quincy Wright, „The Chinese Recognition Problem“, in: *American Journal of International Law*, XLIX, 1955, S. 520—538, und D. P. O'Connell, „The Status of Formosa and the Chinese Recognition Problem“, in: *American Journal of International Law*, L (1956), S. 405—416.

und Kaohsiung, lange Strecken der Küste und manches andere Gelände sind als militärische Sperrgebiete abgeriegelt; öffentliche Arbeiten, wie der Straßenbau, müssen Kriegszwecken dienen. In den Schulen verlangt man von der Jugend, daß sie zur San-min-chu-i Jugendorganisation gehört, an militärischen Übungen teilnimmt und Uniform trägt.

Unterdessen warnt die Regierung mit allen nur möglichen Publikations- und Propagandamitteln vor kommunistischen Umtrieben und ermahnt die Öffentlichkeit, mehr zu sparen und mehr zu arbeiten. Bei jeder bedeutenden Gelegenheit spricht der Generalissimus oder einer seiner Adjutanten in der Öffentlichkeit in bewegender Weise von dem Tag, an dem die Truppen des Freien China das Festland angreifen und zurückerobert werden. Der übrigen Welt mag das Programm des „Festlandrückgewinns“ (Mainland Recovery Program) lächerlich erscheinen, auf Taiwan durchdringt es das Leben in fast allen seinen Bereichen und beeinflußt das Denken, Handeln und Planen des einzelnen Bürgers genauso wie das der Regierung. Daß die Regierung nicht entscheiden kann, ob bestimmte Maßnahmen den Bedürfnissen ganz Chinas oder nur denen Taiwans entsprechen sollen, ist in der Tat das größte Hindernis für eine schnelle Entwicklung der Insel. Diese Unentschiedenheit (ambivalence) ruft naturgemäß Meinungsverschiedenheiten hervor und neigt dazu, jede Aktion zu vereiteln.

Vom chinesischen Standpunkt aus ist der „Festlandrückgewinn“ der Glaube, der die Gegenwart erträglich macht und auf die Zukunft hoffen läßt. Trotz wiederholter Versprechen, in naher Zukunft zu handeln, haben die Nationalen bis jetzt noch nicht gewagt, mit Waffengewalt gegen das Festland vorzugehen. Im Bürgerkrieg hat sich die Aktivität seit 1950 auf Luft- und Seeaufklärung beschränkt, weiter auf Spionage sowie gelegentlichen Feuerwechsel zwischen den Nationalen auf den der Küste vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu und den kommunistischen Streitkräften in der Provinz Fukien. Das Versprechen künftiger Aktionen findet sich inzwischen immer wieder in den von Peking sowohl wie von Taipeh über den Äther verbreiteten Propagandareden. Obwohl die Möglichkeit besteht, daß die Nationalen, etwa aus Enttäuschung und Verzweiflung, eines Tages einen Angriff gegen das Festland unternehmen, ist ein solcher Angriff nicht erfolgt, als Eisenhower Tschiang 1953 „von der Leine ließ“. Die Chinesen wußten sehr wohl, daß Eisenhowers Proklamation als politische Geste gemeint war, durch die er die Unterstützung des rechten Flügels der Republikanischen Partei für die Dauer gewinnen wollte. Als der gegenseitige Beistandspakt 1954 abgeschlossen wurde, brachte man Tschiang in einem Notenwechsel vom 10. Dezember 1954 dazu, sich einverstanden zu erklären, daß er nicht „mit Gewalt“ gegen das Festland vorgehen würde „ohne Einwilligung der Vereinigten Staaten“. In den wesentlichen Zügen ist die von Truman 1950 begonnene China-Politik von Eisenhower also weitergeführt worden, und zwar ohne große Rücksicht auf die Wünsche Knowlands, Judds und anderer Republikaner vom rechten Flügel<sup>10</sup>.

<sup>10</sup> Diese Gruppe ist im allgemeinen für aktive Unterstützung Tschiangs und hat diejenigen heftig bekämpft, die noch einmal Nationalchina im Stich lassen oder die Komintern anerken-

Was auch immer gegen das Verhalten der Kuomintang auf dem Festland gesagt werden mag, auf Taiwan hat sie ihr Haus einigermaßen in Ordnung gebracht. Der Generalissimus und seine nächsten Ratgeber stehen außerhalb jeder Kritik, und das eine Thema, dessen Erörterung sich die Chinesen versagen, ist die Frage, was geschieht, wenn Tschiang stirbt. Seit der Abdankung des Generals Sun Li-jeu im Jahre 1955 ist diese Frage für Amerikaner wie für Chinesen in hohem Maße beunruhigend geworden. Viele der gemäßigten führenden Chinesen und Amerikaner hatten gehofft, daß Sun, der in Amerika erzogen worden ist, einen reibungslosen Regierungswechsel und die Fortführung der gegenwärtigen Politik gewährleisten würde. Jetzt aber sind die Möglichkeiten, denen Chinesen und Ausländer gleichermaßen sich gegenübersehen, nicht allzu ermutigend. Rechtmäßiger Nachfolger Tschiangs wäre Vizepräsident Chen Cheng, der jedoch kein junger Mann mehr ist und ständig mit gesundheitlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die einzige mögliche Alternative zu Chen scheint Tschiang Tsching-kuo, der älteste Sohn des Generalissimus.

Während Chens Stärke in der Armee liegt, beruht Tsching-kuos Macht auf seiner Persönlichkeit, seiner Jugend und seiner Kontrolle über die Geheimpolizei. Als dynamische, gewinnende Persönlichkeit hat Tsching-kuo die San-min-chu-i Jugendorganisation hinter sich, und in dem Maße, wie die alten Festlandssoldaten in der Armee durch junge Rekruten ersetzt werden, wächst sein Einfluß auf das Militär. Die Zeit arbeitet so für ihn. Die Skala der Vermutungen hinsichtlich der von ihm zu erwartenden Politik, wenn er eines Tages die Führung übernehmen sollte, reicht von der Annahme, er habe diktatorische Ambitionen, bis zum Glauben, daß er die von seinem Vater begonnene politische Linie beibehalten müsse. Wie immer das Nachfolgeproblem zu beurteilen sein mag, es wirft jedenfalls einen Schatten auf Taiwans Zukunft und beunruhigt Amerikaner und Chinesen gleichermaßen. In der Einschätzung Washingtons wäre Tsching-kuo, der begeistert für den „Festlandsrückgewinn“ eintritt, vielleicht nicht so bereit zum Nachgeben und zur Mitarbeit, wie es sein Vater ist.

Am beunruhigendsten für die amerikanische Politik aber ist die unterschiedliche Reaktion, die sie in anderen Ländern hervorgerufen hat. Die unmittelbar von kommunistischer Aggression bedrohten asiatischen Länder wie Südkorea und Süd-vietnam begrüßen die amerikanische Verteidigung Taiwans genauso wie Washingtons kompromißlose Haltung in der Frage der Anerkennung Rotchinas. Indem die Vereinigten Staaten wirtschaftlichen und kulturellen Austausch unter ihren Verbündeten anregten, haben sie inzwischen versucht, das schwache politische Gebäude der SEATO und der Beistandspakte auf eine festere Grundlage zu stellen. Taiwan liefert z.B. Kohle an Südkorea, die aus einem für dieses bestimmten Teil der „Mutual Security Funds“ bezahlt wird. Japan ist nach wie vor, trotz des ausdrück-

nen wollten. Die These, daß Eisenhowers Politik sich nicht irgendwie wesentlich von der Trumans unterscheidet, wird vor allem vertreten von Harold Lavine, „Mr. Eisenhower's Far East Policy“, in: *Commentary* XIX (1955), S. 415—420.

men“. Eine Nation, die so viel Unheil stiftet, behauptet er, sollte keinen Sitz in den Vereinten Nationen haben, wo sie ihre Angriffspläne voraussichtlich ins Werk setzen könnte. Seine These ist, daß die amerikanische Politik nicht nur dem Interesse der Vereinigten Staaten und der freien Welt, sondern auch „dem Interesse des chinesischen Volkes selbst“ entspreche.

### III

Wie viele Europäer und Asiaten haben auch zahlreiche Amerikaner die Entdeckung ausgesprochen, daß die unbeugsame amerikanische Haltung in der China-Frage, besonders soweit sie Taiwan betrifft, die Befriedung des Fernen Ostens verzögert und einen zusätzlichen Gefahrenherd für die internationalen Beziehungen in einer Welt erzeugt habe, die deren schon allzu viele besitzt<sup>16</sup>. Besonders in Großbritannien und Japan scheinen einige Beobachter das Gefühl zu haben, daß größere Nachgiebigkeit im Hinblick auf Taiwan sie in die Lage brächte, den Handel mit China wiederaufzunehmen, und der Regierung in Peking eine andere Möglichkeit eröffnen würde als die enge Anlehnung an Rußland. Selbst offizielle Kreise in Washington erkennen von Zeit zu Zeit an, daß es vielleicht wünschenswert sei, sich über eine Alternative zur gegenwärtigen amerikanischen Politik Gedanken zu machen.

Welche Möglichkeiten aber gibt es außer der gegenwärtigen Politik? Im Grunde sind es zwei. Einmal die Rückkehr zum Grundsatz der Nicht-Einmischung aus den Jahren 1947 bis 1949. Damit würde vermutlich die Gefahr eines Kriegsausbruchs wegen Taiwan beseitigt, die Kosten für das Hilfsprogramm würden wegfallen, und vielleicht wären Kommunisten und Neutralisten dann so weit zufrieden gestellt, daß im Fernen Osten eine allgemeine Beruhigung eintreten könnte. Zur Zeit sind jedoch private Kreise sowohl wie die Regierung der USA der Meinung, daß diese Lösung kaum annehmbar sei, da sie möglicherweise den amerikanischen Verteidigungsgürtel zerstören könnte. Die Vereinigten Staaten würden sich zudem damit als „paper tiger“ erweisen, der nicht zögert, seine einstigen Freunde dem Untergang preiszugeben, wenn es zweckmäßig scheint. Schließlich würden die Kommunisten eine solche Kapitulation auch als politischen Propagandatrick für ihre Zwecke mißbrauchen. Und endlich würde die amerikanische öffentliche Meinung über die China-Politik möglicherweise wieder so in Gegensätze zerfallen, daß dadurch die Bemühungen der Vereinigten Staaten in anderen Gebieten, z. B. im Mittleren Osten, geschwächt oder doch stark modifiziert würden. Die zweite Möglichkeit, die oft vorgeschlagen worden ist, besteht darin, auf Taiwan eine Volksabstimmung

<sup>16</sup> Vgl. z. B. Edwin O. Reischauer, *Wanted: An Asian Policy*, New York 1955; Nathaniel Peffer meint andererseits, Rußland, nicht China sei der wirkliche Feind, und China erhalte die Kraft, Amerikas Sicherheit zu bedrohen, nur durch die andauernde russische Unterstützung seiner Politik. Vgl. seinen Artikel „China in Reappraisal: Menace to American Security“, in: *Political Science Quarterly* LXXXI (1956), S. 481—515.

unter Aufsicht der Vereinten Nationen durchzuführen. Die 10 Millionen Einwohner der Insel, die vom Festland stammenden ebenso wie die Einheimischen, könnten sich für eine der folgenden drei Vorschläge entscheiden:

1. Bestätigung der Kuomintang als der rechtmäßigen Regierung;
2. Einverleibung in Rotchina;
3. Unabhängigkeit unter einheimischer Regierung.

Alle interessierten Parteien müßten einwilligen, sich an den Volksentscheid zu halten, und die Vereinten Nationen würden die künftige Sicherheit der Insel garantieren.

Dieser Vorschlag mag für die westliche Welt und nicht-chinesischen Asiaten viel Anziehendes haben. Aber er scheint für den Augenblick völlig undurchführbar. Die beiden chinesischen Bürgerkriegsparteien sind noch unnachgiebig in ihrer Ablehnung eines solchen Plebiszits und seiner allgemeinen Folgerungen. Der Außenminister Nationalchinas, George Yeh, der dem Vorschlag eines UN-Plebiszits deutlich abgeneigt ist, hat angedeutet, daß „das freie China bereit sei, eine Volksbefragung auf Taiwan durchzuführen, wenn Mao Tse-tung dies gleichzeitig auf dem Festland tue“<sup>17</sup>. Die Kommunisten haben ihrerseits den Vorschlag wiederholt als absurd und als einen Teil der amerikanischen Verschwörung zur Aufteilung Chinas gebrandmarkt. Es wäre denkbar, daß beide, Taipeh und Peking, am Ende durch Druck dazu bewogen werden könnten, die internationale „Neutralisierung“ Taiwans und eine „Treuhandverwaltung“ unter den UN zu akzeptieren. Bis jetzt haben solche Vorstellungen aber bei den beiden chinesischen Parteien sichtlich noch keinen Eindruck hinterlassen, da beide an dem Entschluß festzuhalten scheinen, den Bürgerkrieg bis zum Ende durchzuführen.

Sogar auf Taiwan selbst ist einige Unzufriedenheit mit der Politik und den Programmen der Amerikaner klar zum Ausdruck gekommen. Als am 24. Mai 1957 amerikanische Diplomaten und amerikanisches Eigentum von einer großen Volksmenge in Taipeh angegriffen wurden, war dieser Vorfall Anlaß zu Überlegungen über die Echtheit der zwischen Nationalchina und den Vereinigten Staaten bestehenden Freundschaft. Daß diese Beziehung manchmal durch gegenseitiges Mißtrauen und reizbare Feindseligkeit getrübt worden ist, kann nicht geleugnet werden. Zu Zeiten sind in Amerika sogar wilde Vermutungen in Umlauf gewesen, Nationale und Kommunisten könnten, indem sie ihre Todfeindschaft vergäßen, einen Kompromiß schließen. Die Chinesen ihrerseits sind höchst empfindlich hinsichtlich ihrer nationalen Unabhängigkeit und des Unterschieds in Größe, Stärke und Reichtum zwischen den beiden Verbündeten. Bis zu einem gewissen Grade haben die amerikanische Hilfe und die Anwesenheit von etwa 8000 Amerikanern auf Taiwan Ressentiments gegen Amerika und die Amerikaner erzeugt. Auch daß die Vereinigten Staaten nicht bereit sind, bei dem „Festlandsrückgewinn“ mitzuhelfen, hat bei den radikalen Nationalen, vielfach noch jüngeren Leuten, Verstimmung hervorgerufen. Geringfügige Verdrießlichkeiten zusammen mit einer stets vor-

<sup>17</sup> Unterhaltung mit dem Autor in Taipeh am 2. Januar 1956.

handenen Reizbarkeit haben zu der Aufwallung geführt, die sich in dem Zwischenfall vom 24. Mai Luft machte. Die Nationalchinesen wissen jedoch genau so gut wie die Amerikaner es wissen, daß sie keine andere vernünftige Möglichkeit haben als die Zusammenarbeit mit Washington.

Das Taiwan-Problem in der amerikanischen Politik fügt sich nicht leicht in irgendeinen der bis jetzt gemachten Lösungsvorschläge ein. So hat denn der amerikanische Gesandte auf Taiwan am 26. Oktober 1955 in einer Unterhaltung mit dem Autor geäußert, er glaube, daß „wir in Asien keine Lösungen finden können, sondern uns mit Aushilfsmitteln zufrieden geben müssen“. So sehr das eine berechnete Feststellung ist, so empfindet die Mehrzahl der Menschen über die Welt hin in der amerikanischen Haltung ein Moment der Starrheit, das es fast unmöglich macht, durch Verhandlungen einen Kompromiß zu erreichen. Natürlich ist die Haltung der Kommunisten nicht weniger unbeweglich. Im Augenblick erscheint jedoch keine der Alternativen zum herrschenden amerikanischen Kurs praktisch so durchführbar wie dieser selbst. Nicht nur würden die in China sich entgegenstehenden Lager auf einen Kompromiß nicht eingehen, auch was die amerikanische öffentliche Meinung über die China-Politik betrifft, ist die Lage so, daß im Augenblick schwerlich irgendeine der Alternativen zum gegenwärtigen Kurs hinreichende Unterstützung in USA gewinnen würde. Es gibt eine Reihe stichhaltiger geographischer und historischer Gründe für die amerikanische Engagiertheit in asiatischen Fragen. Im Unterschied zu ihren europäischen Verbündeten sind die Vereinigten Staaten als ein Land, das vom Pazifischen Ozean begrenzt wird, in größerem Maße geneigt, Gefahren zu fürchten, die der freien Welt von dieser Seite drohen könnten. Für die Amerikaner kam der erste Angriff auf amerikanische Besitzungen im Zweiten Weltkrieg von Ostasien her. Im Krieg selbst trugen die Vereinigten Staaten die Hauptverantwortung für den Kampf gegen Japan und bei Kriegsende übernahmen sie in erster Linie die Besetzung Japans. Sie sind lange auf eine Politik eingeschworen gewesen, die für alle gleiche wirtschaftliche Möglichkeiten in China offen hielt und damit gleichzeitig dem Land bei der Bewahrung seiner territorialen und verwaltungsmäßigen Einheit half. Um so tiefer traf die Vereinigten Staaten die Niederlage dieser Politik in den Nachkriegsjahren. Teilen doch viele Amerikaner, bewußt oder unbewußt, die Meinung Tschiangkaischeks<sup>18</sup>, daß China 1949 einem erfolgreichen Umsturzversuch des russischen Kommunismus zum Opfer fiel. 1950 traten in Korea amerikanische Streitkräfte als erste dem kommunistischen Angriff entgegen, und sie trugen weiter die Hauptlast des Krieges. Sogar die koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen wurden von amerikanischen Beauftragten geführt. Wegen dieser bitteren historischen Erfahrungen halten die Vereinigten Staaten daran fest, der Unnachgiebigkeit der Kommunisten in Ostasien auch ihrerseits mit einem starren Kurs zu begegnen.

<sup>18</sup> In Einzelheiten erläutert in seinem neuesten Buch *The Soviet Union in China*, New York 1957.